

# Chancen für die Neuen

Im **Grossrats-Wahlkreis Oberaargau** ist das Rennen um die Parlamentssitze offener als anderswo

Dank vielen Rücktritten werden im Oberaargau bei der FDP und SP etliche neue Kandidatinnen und Kandidaten die Wahl in den Grossen Rat schaffen. Nicht so bei der SVP: Sie stellt für April nahezu alle Bisherigen zur Wahl.

ANDREAS LÜTHI

Neue Kandidaten haben es bei den diesjährigen Grossratswahlen im Kanton Bern schwer. Der Rat wird von 200 auf 160 Mitglieder verkleinert. So kommt es, dass in vielen Wahlkreisen am 9. April mehr Bisherige antreten, als Sitze zu verteilen sind. Im Wahlkreis Oberaargau ist die Parlamentsverkleinerung jedoch nicht dramatisch zu spüren. Eine ganze Reihe Bisheriger treten nicht mehr zur Wahl an. Die Sitzverteilung der letzten Wahlen lautete 13 SVP, 9 SP, 4 FDP, 4 EVP, 1 GFL. Von der SP verzichteten Peter Kurth (Langenthal), Annette Wisler Albrecht (Burgdorf), Christine von Ballmoos (Urtenen-Schönbühl) und Hanni Winkenbach-Rahn (Münchenbuchsee) auf eine erneute Kandidatur. Von der FDP treten Hans-Ulrich Käser (Münchenbuchsee) und Robert Sutter (Niederbipp) nicht mehr an. Bei der SVP ist es Hans-Ulrich Salzmann (Oberburg), der nicht wieder gewählt werden will. Für die 25 Sitze bewerben sich im Oberaargau somit lediglich 24 Kandidierende (siehe Kasten).

## SVP: Gefährlicher Newcomer

Nicht einfach haben es die Neuen bei der SVP. Macht die Partei gleich viele Wählerstimmen wie vor vier Jahren, wird sie im verkleinerten Rat zehn Sitze gewinnen. Unter den zwölf Bisherigen wird es damit zu mindestens zwei Abwahlen kommen. Das Motto bei der SVP heisse daher «möglichst wenig Abwahlen», sagt Wahlkampfleiter und Noch-Grossrat Hans-Ulrich Salzmann. Die SVP tritt mit zwei Regionalisten und 50 Kandidierenden an, 12 davon Frauen. Eine Listenverbindung hat sie mit der FDP. Bekannt unter den Neuen ist Walter Baumann, Carrosserist und langjähriger Burgdorfer Stadtrat. Aus Münchenbuchsee ist Sonja Bucher, Geschäftsfrau und Fraktionspräsidentin des Gemeindeparlamentes, auf der Liste. In Langenthal kandidiert der vielfältig engagierte Schulleiter Peter Rubeli, in Aarwangen Alt-Gemeindepräsident Rudolf Graf, Präsident der SVP-Senioren Kanton Bern. Die meisten Chancen, Bisherige zu



Im Oberaargau (hier Blick vom Jura auf Niederbipp) bestehen gute Aussichten auf einen spannenden Wahlgang.

MANU FRIEDERICH

schlagen, dürfte aber der 22-jährige Langenthaler Student und Stadtrat Patrick Freudiger haben. Er ist Vizepräsident der kantonalen jungen SVP, hat sich mit einer harten Linie bei Einbürgerungen profiliert und wird so viele Stimmen von rechts aussen erhalten.

## FDP: Vier Sitze halten

Unbescheiden gibt sich FDP-Kreispräsident Lorenzo Cassani. «Wir wollen unsere vier Sitze halten.» Vor vier Jahren habe man «häb chläh» einen fünften verpasst. Von der FDP treten nur zwei Bisherige an. Davon könnte der Langenthaler Stadtpräsident Hans-Jürg Käser in den Regierungsrat gewählt werden. Auf zwei regionalen und einer Jungen Liste tritt die Partei mit einer Fülle von 75 Kandidierenden an, 20 davon Frauen. Wahlchancen haben wohl der Burgdorfer Gemeinderat Markus Grimm sowie Gemeinderat Urs Blattner aus Münchenbuchsee. Chancen dürfte auch der Langenthaler Stadtratspräsident Stefan Costa haben, Mitarbeiter von Samuel Schmid (svp). Bekannt auf der Liste sind auch der langjährige Langenthaler Stadtrat Richard Bobst oder Walter Wüthrich, Sportarzt und Gemeinderat von Hasle.

## SP: Kein Spielchen gespielt

Die vier SP-Rücktritte seien nicht etwa ein Zeichen der

Schwäche ihrer Partei, sagt Noch-Grossrätin und Wahlkampfleiterin Annette Wisler Albrecht. «Wir haben das Spielchen mit dem Nachrutschen kurz vor den Wahlen nicht spielen wollen.» Für Neue sei dies motivierender. Wisler will «sieben bis acht Sitze schaffen». SP und Gewerkschaften treten mit zwei vollen Regionalisten und insgesamt 50 Kandidierenden an, davon 21 Frauen. Um die frei werdenden Grossratssitze buhlen eine Menge bekannter Köpfe, so der Burgdorfer Ex-Gemeinderat Ueli Arm, der Präsident des Emmenta-

ler Gewerkschaftsbundes Rolf Leisi oder Lorenz Wacker, Pfarrer, Ex-Gemeinderatspräsident und Feuerwehrmann aus Kirchberg. Favoritin in Langenthal ist die in den Medien stark präsente 22-jährige Studentin und Stadträtin Nadine Masshardt, Favoritin in Münchenbuchsee die Lehrerin und Gemeinderätin Elsbeth Maring-Walther.

## EVP, EDU, GFL: Mehr Sitze

Die Devise der EVP im Oberaargau heisst die vier Bisherigen «halten», wie Wahlkampfleiter und Langenthaler Stadtrat Reto Steiner

sagt. Die Partei tritt mit 69 Kandidierenden auf einer jungen und zwei regionalen Listen an. Die Hälfte der Kandidaten sind Frauen. Eine leise Hoffnung auf Sitzsteigerung hat Steiner angesichts der Listenverbindung mit der EDU (50 Kandidierende) und der im Oberaargau erstmalig antretenden CVP (sieben Kandidierende). Bekannte Köpfe auf der EVP Liste sind neben Steiner selber Gemeinderat Matthias Hügli (Münchenbuchsee), Gemeinderätin Paula Schaub (Langenthal), Stadtrat Martin Aeschlimann und Ex-Stadträtin Béatrice Kuster (beide Burgdorf).

«Wir rechnen mit zwei Sitzen auf sicher», sagt GFL-Wahlkampfleiterin und Grossrätin Johanna Wälti-Schlegel. In Fraubrunnen habe man den Sitz vor vier Jahren knapp verpasst, im Oberaargau habe man in den letzten Jahren grosse Aufbauarbeit geleistet. Unter den 19 Kandidierenden sind der Münchenbuchser Ex-Gemeinderat Reto Wynistorf und der Burgdorfer Stadtrat Christoph Grimm.

Die Partei National Orientierter Schweizer (Pnos) tritt im Oberaargau erstmals mit zwei Kandidaten an, einer von ihnen ist der Langenthaler Stadtrat Marcel Hirschi.

**[1] BISHER ERSCHIENEN** Wahlkreise Oberland (20. 2.), Thun (21. 2.), Mittelland (23. 2.), Bern (24. 2.), Emmental (25. 2.).

## Kandidatenrekord

Mit der Wahlkreisreform werden die vier Ämter Aarwangen, Wangen, Burgdorf und Fraubrunnen zum neuen Wahlkreis Oberaargau zusammengefasst. Vorher beschränkte sich der Wahlkreisverband Oberaargau auf die beiden ersten Ämter, während Fraubrunnen und Burgdorf den Wahlkreisverband Mittelland-Nord bildeten. Mit der Verkleinerung des Grossen Rats verfügt das Gebiet neu über 25 statt 31 Sitze. Um die Sitze bewerben sich auf 15 Listen 311 Kandidierende, was einem Rekord im Kanton gleichkommt. Im Gegensatz zu

anderen Wahlkreisen wird es im Oberaargau nicht zwingend zu Abwahlen kommen. Um die 25 Sitze bewerben sich lediglich 24 Bisherige. (al)

**Die Bisherigen:** Therese Rufer, Hans Aeschbacher, Peter Brand, Franz Haldimann, Hans Maag, Peter Studer, Käthi Wälchli-Lehmann, Peter Andres, Rudolf Bierli, Christian Hadorn, Andreas Schneider, Dieter Widmer (alle svp), Annemarie Burkhalter-Reusser, Irène Hänsenberger-Zweifel, Dorette Balli-Straub, Daniel Gnägi, Markus Meyer (alle sp), Hans-Rudolf Markwalder, Hans-Jürg Käser (beide fdp), Heinz Dätwyler, Erwin Sommer, Thomas Grimm, Ruedi Löffel (alle evp), Johanna Wälti-Schlegel (gfl).

## SVP-Bundesräte auf Plakatsäulen

**WAHLWERBUNG** Wer es mit politischer Arbeit nicht schafft, sich bei den Wählerinnen und Wählern in gute Erinnerung zu rufen, greift zu provokativen Aktionen oder billigen Tricks: Thomas Fuchs, Altpräsident der Jungen SVP, und Erich J. Hess, aktueller Präsident der Jungen SVP, werben mit einem abgewandelten offiziellen Wahlplakat der Berner SVP, auf welchem sie nicht nur ihre Konterfeis zeigen, sondern ohne Erlaubnis auch mit den Köpfen der Bundesräte Christoph Blocher und Samuel Schmid werben. Die Plakate sollen zwar erst diese Woche ausgehängt werden. Doch weil die Aktion den betroffenen Bundesräten bereits letzte Woche zugetragen wurde und Blocher und Schmid via ihre Mitarbeiter ihrem Befremden über die Verwendung ihrer Bilder Ausdruck gaben, wurde der Wahlwirbel in der Sonntagspresse ausgeteilt. SVP-Kantonalsekretär Christoph Neuhaus sagt, das Abkupfern des offiziellen SVP-Plakats könne nicht verhindert werden, weil das Copyright bei der Werbeagentur sei und nicht bei der Partei. Und Fuchs kündigt bereits an, falls der Aushang der Plakate verboten werde, was er nicht glaube, so würden die Köpfe von Blocher und Schmid mit einem Zensurbalken überlebt. Dann wäre den beiden Rechtsaussen der Partei doppelte Aufmerksamkeit sicher.

Das offizielle Wahlplakat der SVP zeigt am oberen Rand die Köpfe von Nationalrat Adrian Amstutz, der zurücktretenden Regierungsrätin Elisabeth Zölch und von



Das SVP-Plakat: Fuchs hat diese Köpfe ausgewechselt. ZVG

Ständerat Hans Lauri. Ihre Häupter sollen Sympathien für die Partei und ihre Kandidaten wecken. Ursprünglich wollte die Partei auch mit dem Kopf von Bundesrat Samuel Schmid auf ihrem Plakat werben. Doch Schmid habe auf Anfrage abgewunken, sagt Christoph Neuhaus. (Lb)

## KURZ

### Schuss in der Nacht, Mann verletzt

**BURGDORF** In der Nacht auf Sonntag kam es auf der Burgdorfer Bahnhofstrasse zu einem Streit zwischen einem Italiener und zwei «Männern der rechtsextremen Szene», wie die Polizei bekannt gab. Daraus entstand ein Handgemenge, in dessen Verlauf zwei Beteiligte verletzt wurden. Da mischte sich ein weiterer, bisher unbekannter Mann in den Streit. Als ein Rechtsextremer auf ihn zutrat, gab er einen Schuss aus einer Kleinkaliberwaffe ab. Der 24-jährige rechtsextreme Schweizer wurde an der Schulter getroffen – der Schütze floh. (pd)

## WAHLAGENDA

### Erlach

Die FDP lädt zum Podiumsgespräch mit den Regierungsratskandidaten Eva Desarzens und Hans-Jürg Käser sowie den Grossratskandidaten Adrian Kneubühler, Peter Moser, Claudia Obrecht, Urs Gasser und Adrian Dennler ein. Gesprächsleitung: Mike Sommer, Radioreporter und Journalist. Restaurant Du Port, Erlach, Mittwoch, 1. März, 20 Uhr.

# Keine Planung, aber eine Zielvorgabe

Die Regierung will die **familienexterne Kinderbetreuung** auch künftig nicht zentral planen – eine Richtschnur wäre aber willkommen

Der Bedarf ist gross, die Mittel sind knapp: Bei der familienexternen Kinderbetreuung herrscht ein heftiger Verteilungskampf. Der Kanton wäre froh um eine Orientierungshilfe.

STEFAN VON BELOW

Es ist unbestritten: Im Kanton Bern gibt es zu wenig Kindertagesstätten, Tagesschulen, Mittagstische und Tageseltern. Rund 60 Millionen Franken sind für den Bereich familienexterne Kinderbetreuung im Budget des laufenden Jahres vorgesehen, davon eine Million für neue Angebote. Finanziert wird die Kinderbetreuung je hälftig von Kanton und Gemeinden. Das Geld reicht jedoch bei weitem nicht, um

den Bedarf zu decken: Im kantonalen Sozialamt stapeln sich derzeit rund 20 Gesuche von Gemeinden im Umfang von 3,5 Millionen Franken. Im März wird der Kanton entscheiden, welche Angebote in den Lastenausgleich aufgenommen werden. Grundlage für den heiklen Entscheid bildet eine letztes Jahr in Kraft gesetzte Verordnung, in der die Kriterien für die Bewilligung neuer Angebote geregelt sind. Allerdings wird nicht die ganze Million im März vergeben: Eine zweite Verteilrunde folgt im Sommer.

## Teil der Wachstumsstrategie

Grossrätin Corinne Schärer (gb) ist unzufrieden mit dieser Situation. In einer Motion verlangt sie vom Regierungsrat eine Planung, «so dass das Angebot schrittweise unter Berücksichtigung der finan-

ziellen Mittel ausgebaut werden kann». Der Kanton müsse ein grosses Interesse daran haben, mittelfristig eine Lösung für die unbefriedigende Situation zu finden, schreibt Schärer in ihrem Vorstoss. Schliesslich sei der Ausbau der familienergänzenden Betreuungsangebote auch in der kantonalen Strategie zur Stärkung des Wirtschaftswachstums enthalten.

Die Regierung sei «einverstanden, dass familienergänzende Betreuungsangebote einen positiven Effekt auf den Kanton Bern als Wirtschaftsstandort haben», heisst es in der Antwort auf die Motion. Ebenso gehe man mit der Motionärin einig darin, dass der Bedarf nicht gedeckt sei. Eine «umfassende und detaillierte Planung», wie sie von Schärer verlangt werde, lehnt die Regierung aber ab.

Begründung: Die familienexterne Kinderbetreuung sei eine gemeinsame Aufgabe von Kanton und Gemeinden. Dabei sei es Sache der Gemeinden, zu bestimmen, welches Angebot sie in welchem Umfang benötigten. Der Kanton greife lediglich insofern steuernd ein, als dass er bislang unterversorgte Regionen bei der Zuteilung finanzieller Mittel priorität behandelt.

## «Versorgungsgrad» als Zielwert

Dennoch empfiehlt der Regierungsrat dem Grossen Rat, die Motion anzunehmen. «Vorstellbar», ja sogar «sinnvoll» wäre es seiner Meinung nach, kantonsweit einen «Versorgungsgrad» als Zielwert für die öffentliche Finanzierung von familienergänzenden Betreuungsangeboten festzulegen. Dieser würde besagen, für wie viele Pro-

zent der Kinder im Vorschul- und im Schulalter derartige Angebote bereitgestellt werden sollten.

Regula Unteregger, Vorsteherin des kantonalen Sozialamts, wäre froh um eine solche Zielvorgabe. «Sie könnte für uns eine zusätzliche Entscheidungshilfe sein», sagt sie. Der Bedarfsnachweis – eine zwingende Voraussetzung für die Aufnahme in den Lastenausgleich – sei bei den meisten Gesuchen erbracht. Beim Entscheid habe man bis anhin vornehmlich darauf geachtet, wie viele solche Angebote in der betreffenden Gemeinde bereits über den Lastenausgleich abgerechnet würden.

Es sei an der Politik, den Zielwert zu konkretisieren, sagt Regula Unteregger. «Die Politiker müssen entscheiden, wohin die Reise gehen soll.»